

109-1/13

MINISTERSTVO NÁRODNÍ BEZPEČNOSTI
ARCHIVNÍ A STUDIJNÍ ODBOR

Došlo

Či. 109 - 1 / 13

Přílohy

7 listů

10.2.2009 Jand

ST

S

I. A - 1 / 1941.

125-131

[Handwritten signature]

I. Wischau.

- 1.) Eingemeindungen von Dieditz, Brindlitz, Kretschkowitz, Nossalowitz. Nur Dieditz hat zugestimmt. Für die übrigen muss die Eingemeindung durch das Ministerium ausgesprochen werden. Die Verhandlungen, die demnächst vorgelegt werden, beschleunigen!
- 2.) Deutsche Siedlung, bestehend aus deutschem Hof und 50 Wohnhäusern, auch Geschäften. Für den Wohnhausbau 3-Jahresetappen. Gesamtkosten 3 Mill. RM. Planung in Bearbeitung, grosser Reichszuschuss erforderlich. Als Bauherr will die Stadt auftreten. Wohl zweckmässiger eine Wohnungsbaugesellschaft aus Stadt, Bezirk und Wehrmacht. Deutscher Hof allein 500.000.--RM, vorhanden 50.000.-- (100.000 Stadt, 50.000 Brauerei, 50.000 Hypotheken, 250.000 Reich).
- 3.) Deutsche Volks- und Bürgerschule Wischau. Z.Zt. Suche nach Bauplatz im Rahmen der Gesamtplanung. Sobald geeigneter Bauplatz gefunden, wird beschleunigt Antrag auf Schulhausbau vorgelegt.
- 4.) Krankenhausbau bald erforderlich. Z.Zt. kein Krankenhaus vorhanden.
- 5.) Wehrmachtsiedlung. Während Wehrmacht-Luft ihre Offiziere, Unteroffiziere und Beamten in der Stadt ansetzen will, will Wehrmacht-Heer diese auf dem reichseigenen Gelände des Truppenübungsplatzes ansiedeln. Letzteres volkstumpolitisch unerwünscht. Zweckmässiger Ansatz in Wischau oder dem eingemeindeten Dieditz. Entfernungen leicht durch Autobusverkehr zu überwinden. Die Stamarbeiter des Truppenübungsplatzes müssen wohl auf dem Platz selbst angesiedelt werden.
- 6.) Wehrmacht-Heer will die Stamarbeiter für den Truppenübungsplatz aus dem Protektorat entnehmen. Dies ist volkstumpolitisch unerwünscht, da Schwächung der Wischauer Volksinsel zu befürchten. Ansatz von tschech. Arbeitern bedenklich. Es müsste ermöglicht werden, deutsche Arbeiterfamilien aus dem Reich auf dem Truppenübungsplatz anzusiedeln.
- 7.) Landentschädigung für deutsche Landabgaben an Truppenübungsplatz. Schöller-Ratschitz durch Lichtenstein, Lichtenstein anderweitig bei Butschowitz (Palvy). Salm-Reifferscheidt in Raitz durch Mensdorf-Pouilly in Boskowitz (nicht durch Stadt oder Staat). Schönburg-Hartenstein (langjähriger PG) durch unmittelbar anschliessenden Staatsbesitz, der ihm in der Bodenreform entzogen wurde.
- 8.) Schulhausbau Lissowitz und deutsche Bürgerschule Wischau. Anträge beschleunigen.
- 9.) Fischerhaus in Lissowitz. Mittel für Trockenlegung erforderlich. Antrag in Vorbereitung, erforderlich 3.000.--RM.

x *[Handwritten mark]*

[Handwritten notes in red and blue ink]

[Handwritten notes in blue ink]

II. Br ü n n .

*1/2 Prot. 2.
[Hilfsverhältnis (x?)]*

- 1.) 2.000 Wohnungen dringend erforderlich.
- 2.) Krankenhaus dringend erforderlich, Neubau der Landeskrankenanstalt mit 2.500 - 3.000 Betten. Möglichkeit ärztlicher Betreuung des deutschen Mittelstandes fehlt vollkommen. Sanatorium Beckmann nicht an SS (40 Betten für Rotes Kreuz, 30 für deutsche Aerzte). Krankenhaus der Barmherzigen Brüder nicht an Luftwaffe.
- 3.) Verdeutschung des Hausbesitzes, tschechischer Hausbesitz muss in deutsche Hand kommen, Reichsdarlehen und Reichswirtschaftshilfe für Erwerber erforderlich (jährlich 800.000.--RM)
- 4.) Bischöfl. Besitz südlich von Brunn, 460 ha muss in deutsche Hand kommen für Ansiedlung und Krisenfestmachung deutscher Bauern (Flugplatzweiterung). Ersatzgut für Bischof in Böhmen (Rohoty).
- 5.) Landschaftsplanung Kinitz. Eingemeindung nach Brunn möglichst Erwerb durch Stadt oder Land (nicht Reichsautobahn).

Landesamt

*Landesamt
Landesbauverwaltung
1/2 Prot. 12*



III. Siedlungswesen allgemein.

- 1.) Grundstücksauffanggesellschaft, die gleichzeitig Bodenvorratswirtschaft betreibt politisch notwendig. Entweder für das ganze Protektorat oder für Mähren oder für einzelne Oberlandratsbezirke. Am besten für einzelne Oberlandratsbezirke. Teilhaber: die deutsch geleiteten Städte. die Mähr.Hypothen und Landeskulturbank, die übrigen Realkreditanstalten, das Land, vielleicht auch die Industrie. Reichszuschüsse für augenblicklich unproduktive aber politisch wichtige Grunderwerbungen.
- 2.) Landumlegung. Amt für agrarische Operationen in Brünn nur mit Tschechen besetzt. Von den 4 Lokalkommissaren muss in Brünn allermindestens einer ein Deutscher sein. Ein geeigneter Beamter, Ing.Sladky beim Kulturamt Marienbad, hat sich gemeldet. Versetzung hierher dringend.
- 3.) Einführung des deutschen Landesbeschaffungsgesetzes dringend notwendig. Widerstand hiergegen unverständlich, da formalistisch.
- 4.) Baustoffzuteilung. Deutscher Wohnungsbau stockt, tschechischer blüht, da Tschechen rechtzeitig eingedeckt (angeblich auf Rat des Handelsministeriums, da Banken kurz vor Kontingentierung grosszügig Baukredite gaben).

20870

4

IV. Personalfragen-

- 1.) Arbeitseinsatzreferent und Arbeitsamtsleiter Dr. Peter und Reg. Ob. Insp. Busch (Ehrenzeichenträger) sollen bleiben, da gut eingearbeitet, Vertrauen der Staats- und Wirtschaftsstellen, Versetzung schädigt Deutschumsarbeit.
- 2.) Deutscher Arbeitsamtsleiter für Arbeitsamts-Nebenstelle Boskowitz-Gewitsch dringend notwendig. Arbeitsamt Mähr. Trübau zur Abgabe bereit.
- 3.) Insp. Stöcker durch brauchbare Kraft ersetzen, die schon lange zugesagt. *dringend notwendig für Handarbeits n. gestellungsstelle*
- 4.) Ein dritter Sachbearbeiter des Reichsnährstandes ist für die hiesige Wirtschaftsabteilung dringend nötig und mündlich von Fachgruppe zugesagt. Beschleunigung erforderlich.
- 5.) Zuständigkeitsübertragung an deutsche Regierungskommissare und Bezirkshauptleute (Sept. Bericht).

10870

V. Arbeitseinsatz.

Dr. Lachy
A. 5

- 1.) Ansatz von deutschen Arbeitern aus dem Reich. Die Arbeitsämter im Altreich müssten vom RAM angewiesen werden, namentlichen Anforderungen aus dem Protektorat stattzugeben, insbesondere dann, wenn es sich um Personen handelt, die aus dem Protektorat stammen oder wenn von hier aus tschechische Ersatzkräfte gestellt werden. Der natürliche Arbeiterpendelverkehr zwischen Niederdonau und Brünn müsste durch Vereinbarung der Fachgruppe des Reichsprotectors mit dem Landesarbeitsamt Niederdonau wieder in Gang gebracht werden.
- 2.) Arbeitsplatzwechsel. Die Bestimmungen über Beschränkung des Arbeitsplatzwechsels müssen für die Protektoratsdeutschen für anwendbar erklärt und von den Oberländern durchgeföhrt werden. Für die deutschen Interessengebiete dringendnotwendig.
- 3.) Lehrlingsausbildung. Regelung für die Deutschen notwendig ähnlich dem Reich. Schulungslehrgänge für Tschechen in den deutschen Interessengebieten entgegen einem Erlass von Prag unerwünscht.
- 4.) Förderung der deutschen Arbeitskräfte. Bessere Einzelgehälter, bessere Behandlung, bessere Sozialeinrichtungen, DAF-Betreuung, Urlaubsvorteile, Sonderzulagen, Weihnachtsremunerationen, werden in deutschen, nicht in tschechischen Betrieben durchgeführt. Daher politisch unerwünschte Abwanderung der deutschen Arbeitskräfte in die deutschen Betriebe bzw. deutschen Dienststellen (Protektoratszulage). Kulturzulagen nicht allgemein, Lohnabzug für Tschechen überhaupt nicht durchgeführt. Erforderlich eine Art Protektoratszulage für die deutschen Arbeiter. In den städtischen Werken sind die system. Stellen von Tschechen besetzt, während die Deutschen mit niedrigeren Löhnen auskommen müssen. Ausgleich notwendig.
- 5.) Gewerbeaufsicht. ~~3 Gewerbeinspektorate in Brünn mit 33 Gefolgschaftsmitgliedern rein tschechisch besetzt. Betreuung deutscher Betriebe durch sie nicht durchführbar. Erforderlich Einbau in das deutsch geleitete Arbeitsamt und Zuteilung mindestens eines deutschen Gewerbeaufsichtsbeamten für die deutschen Betriebe.~~

6

VI. Vernachlässigung der Volkstumsbelange durch Nichtberücksichtigung der örtlichen Notwendigkeiten.

1.) Arbeitseinsatz (Novemberbericht 1940).

2.) Kontingentierungen.

- f. h. Brühl
N. S.*
- a) Spiritusumsatz September 1938 bis Februar 1939.
 - b) Holzeinkaufscheine Umsatz 1938. (Beispiel: Tischlereibetrieb Piffel in Gundrum mit 15 Arbeitern früher jährlich 200 m³ Schnittholz, jetzt für Oktober 2 m³.)
 - c) Eisenzuteilung Umsatz 1937 (Beispiel: Schmied Tscheche 900 kg, Deutscher 250 kg für 1/4 Jahr). Zusätzliche Leistungen für Deutsche weggefallen.
 - d) Mehl. Mehlzuteilung ungenügend, die Bäckereien in Brünn haben durchschnittlich einen Weizenmehlvorrat für 1 Woche, einen Roggenmehlvorrat für 3 Tage. Von 157 Bäckereien können bereits heute 22 kein Brot und 51 kein Weissgebäck mehr herstellen. Demnächst werden 50% der Bäckereibetriebe kein Brot mehr herstellen können. Betroffen sind in erster Linie die Deutschen. Bei einer Aufnahme am 2.8.1940 hatte die deutsche Firma Albrecht nur Weizenmehl für 1/2 Tag und Roggenmehl für 1/2 Tag, die deutsche Firma Bilek Weizenmehl für 5, Roggenmehl für 6 Tage, tschechische Firmen aber für 10-12-30-30-35- und 36 Tage. Grund: die vor Beginn der Materialverknappung festgelegten Kontingente sind zu schematisch errechnet, meistens auf Grund des Verbrauches in irgendeiner Stichzeit. Die Stichzeit ist für die Deutschen immer ungünstig, da diese aus einer Depression kommen und ihre Kundschaft durch den Zuzug reichsdeutscher Familien, durch Heereslieferungen, durch besondere Werbung usw. wesentlich erhöht wurde.

3.) Preisspannen für Gemüse. Kleinhandel 40%, Grosshandel 10%, Gebietsammelstellen 8%. Erzeuger weniger als 40%, da er Verkehrssteuer, Anfuhr usw. zu tragen hat.

4.) Tschechische Vorratswirtschaft

- a) Kaffee.
 - b) Baustoffe.
- Waffen für Sieger*

5.) Ablieferungen.

- a) Kartoffel. Der Eigenbedarf der Betriebe ist nicht genügend berücksichtigt. In verschiedenen Gegenden können nur 50% des Liefersolls erfüllt werden.
 - b) Heu und Stroh. Der Bezirk Tischnowitz, der schon vor dem Krieg Heu und Stroh einfuhrte, ist jetzt zur Ablieferung verpflichtet worden. Damit ist der Eigenbedarf inbegriffen.
 - c) Gerste und Hafer. Futtergetriebe für den Eigenbedarf wurde nicht belassen. Es gibt Betriebe, die kein Futter für ihr eigenes Vieh haben. Die eben angelaufene Schweinemast wird dadurch erschlagen.
 - d) Schlachtvieh. Freiverkauf und Zwangswirtschaft können nicht nebeneinander aufrecht erhalten bleiben, da das gute Schlachtvieh zu Wucherpreisen verschoben wird, die schlechten Stücke aber zur Zwangslieferung kommen.
- 130

VII. Sonstiges.

- 1.) Tschechische Kinder in deutsche Schulen.
 * In Gurein Meldung von 21 tschech. Kindern für eine deutsche Schule, Z.Zt. besuchen 3 deutsche Kinder die Schule in Tischowitz. (3298 E., 23.D.)
- 2.) Wehrmachtseinberufungen für deutsche Aerzte. x W.B.
- 3.) Polizeidirektion Brünn. *Stapo Lieferm. -*
- 4.) Reichsautobahn, Rasthof und Strassenmeisterei in Zwittales und Raigern. *(unvollst. Berichterz.)*
- 5.) Anziandjen (3i. iii. 4i)
- 6.) Kriegsvollend. Kranz (polit. Dienstverh. / Krz) Höf. u. K. u. K.

*2) u. f. u. u. 3 Monate - ...
 gegen ...
 (unvollst.)*